

Medieninformation

069 / 2019

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Ihr Ansprechpartner
Andreas Kunze-Gubsch

Durchwahl
Telefon +49 351 564-3040
Telefax +49 351 564-3049

presse@smi.sachsen.de

Dresden, 14. Mai 2019

Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2018 vorgestellt

Innenstaatssekretär Prof. Dr. Schneider: „Gesellschaft muss Extremisten klare Kante zeigen, damit den Feinden der Demokratie der Nährboden entzogen wird“

Innenstaatssekretär Prof. Dr. Günther Schneider und der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), Gordian Meyer-Plath, haben heute den sächsischen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2018 vorgestellt. Dieser informiert über die verfassungsfeindlichen Entwicklungen in den Phänomenbereichen Rechts- und Linksextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter, Islamismus, sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug sowie über Spionageaktivitäten.

Mit regionalen Lagebildern wird die Situation in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten des Freistaates beschrieben und analysiert. Außerdem gibt der Verfassungsschutzbericht Ausblicke und Prognosen zur weiteren Entwicklung in den kommenden Jahren.

„Das Augenmerk des Verfassungsschutzes im Freistaat Sachsen gilt stets allen Phänomenbereichen. Mit seiner Arbeit als Frühwarnsystem trägt er ganz wesentlich dazu bei, die Gefahren für die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung rechtzeitig zu identifizieren und hierüber zu informieren. Wie wichtig dies ist, zeigen die aktuellen Aktivitäten sowie das strafrechtlich relevante Verhalten der Extremisten jeglicher Couleur“, sagte Innenstaatssekretär Prof. Dr. Günther Schneider. „So haben Extremisten in Sachsen auch im vergangenen Jahr aktiv und zielgerichtet die demokratische Ordnung, ihre Institutionen und deren Repräsentanten bekämpft. Sie verachten nicht nur unseren Staat, sondern sie wollen ihn abschaffen und schüren Hass gegen jeden, der eine andere politische Meinung vertritt“, so Schneider. Für keinen Bereich könne man Entwarnung geben, am wenigsten für den Rechtsextremismus, dessen Personenpotenzial erneut um 200 Personen und damit am stärksten angewachsen sei.

„Rechts- und Linksextremisten eint nicht nur eine hohe Mobilisierungs- und Gewaltbereitschaft, sondern auch eine ernstzunehmende Anschlussfähigkeit an das nichtextremistische, bürgerliche Lager“, so Schneider weiter. „Extremisten versuchen durch ihre Vernetzungsbestrebungen, Wählerschichten aus der Mitte der Gesellschaft gezielt anzusprechen und diese für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren.“

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Straße 2-4
01097 Dresden

www.sachsen.de

„Auch der erneute Anstieg des islamistischen Personenpotenzials und die von ihm ausgehende Bedrohung unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung geben Anlass zu besonderer Wachsamkeit“, sagte Schneider. Die Bedrohung sei gegenwärtig zwar nicht konkret. „Allerdings führen uns die jüngsten Terroranschläge in Sri Lanka vor Augen, wie brutal und kaltblütig islamistische Terroristen zuschlagen, warnte Schneider.

„Je konsequenter der Rechtsstaat sein Gewaltmonopol ausübt, je überzeugender etablierte Parteien extremistische Argumentationsmuster im öffentlichen Diskurs entlarven und widerlegen, je entschiedener sich die Bürger den Umarmungsversuchen der Extremisten widersetzen, desto nachhaltiger wird den Feinden der Demokratie der Nährboden entzogen“, appellierte der Innenstaatssekretär abschließend.

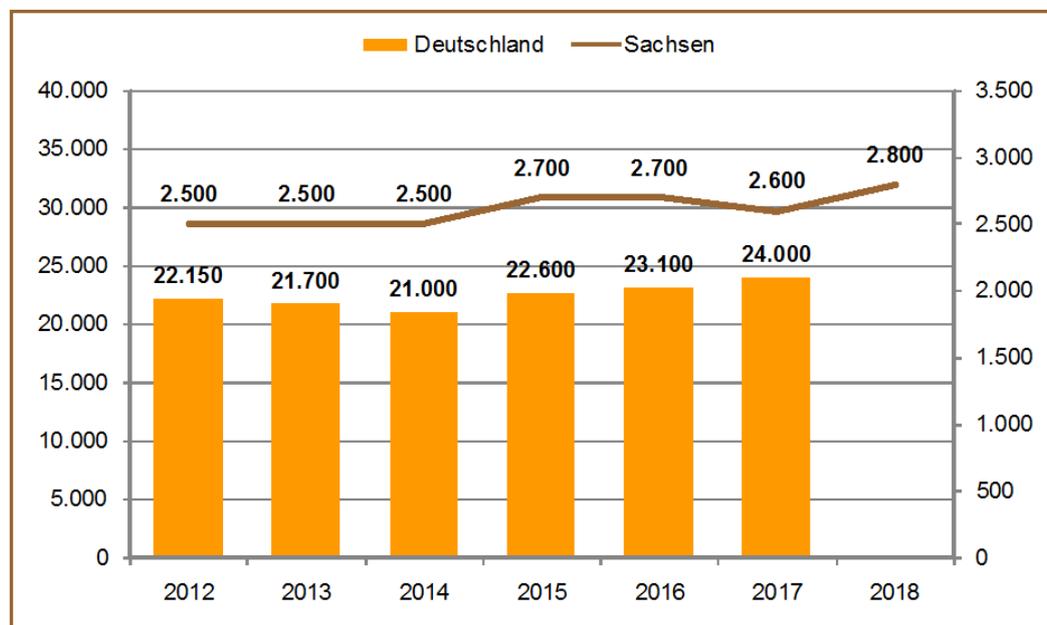
I. Rechtsextremismus

1. Überblick in Zahlen

Das rechtsextremistische Personenpotenzial stieg im Jahr 2018 deutlich an (2.800 Personen, 2017: 2.600). Zuletzt wurde vor zehn Jahren ein vergleichbar hoher Wert in Sachsen festgestellt. Das Personenpotenzial wird nach dem im Verfassungsschutzverbund üblichen Kategoriensystem dargestellt, wonach der jeweilige Organisationsgrad maßgeblich ist:

- a. parteigebundener Rechtsextremismus
- b. parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen
- c. unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial

Anzahl der Rechtsextremisten in Deutschland und im Freistaat Sachsen



Rechtsextremistisches Personenpotenzial

	insgesamt	Rechts- extremistische Parteien	Parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen	Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial
2018	ca. 2.800	ca. 460	ca. 1.050	ca. 1.300
2017	ca. 2.600	ca. 545	ca. 900	ca. 1.200

a. Rechtsextremistische Parteien

Die **NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)** hat im Berichtsjahr erneut an Bedeutung verloren. So sank ihr Mitgliederbestand von 400 im Jahr 2017 auf 300 im Berichtsjahr. Mehrere Kreisverbände der NPD fusionierten, entfalteten aber kaum noch Aktivitäten. Auch die **JUNGEN NATIONALISTEN (JN)** hatten einen Rückgang zu verzeichnen. Nach einem Höchststand von ca. 110 Mitgliedern (2014/2015) verringerte sich das Potenzial in den vergangenen beiden Jahren auf nunmehr ca. 40 Personen (2017: 50). Dies lag zum einen am Fehlen geeigneten Führungspersonals, zum anderen aber an einem Erstarren der Partei **DER DRITTE WEG** sowie der **IDENTITÄREN BEWEGUNG**.

Der **Partei DIE RECHTE** werden nur noch etwa 15 Personen (2017: 20) zugerechnet. Sie verfügt über kaum noch in Erscheinung tretende Akteure und besitzt innerhalb der sächsischen rechtsextremistischen Szene keine Bedeutung mehr.

Im Unterschied dazu konnte die **Partei DER DRITTE WEG**, die ihr Mitgliederpotenzial im Jahr 2018 noch einmal um mehr als ein Viertel steigerte (2018: 125 Personen, 2017: 90), ihre sceneinterne Machtposition ausbauen. Sie hatte schon im Vorjahr einen Zulauf von mehr als 30 Prozent verbuchen können. Diese Partei verfügt darüber hinaus über ein aktionsbereites und bundesweit vernetztes Führungspersonal, weshalb sie ihre Aktivitäten im Berichtsjahr weiter steigern konnte. Sie ist eine der expansivsten rechtsextremistischen Strukturen in Sachsen. Aufgrund ihrer neonationalsozialistischen Ausrichtung verfügt sie neben ihrem Mitgliederpotenzial über ein signifikantes Unterstützerumfeld innerhalb des parteiungebundenen Rechtsextremismus.

b. Parteiungebundene rechtsextremistische Strukturen

Dieser Kategorie (ca. 1.050 Personen, 2017: 900) werden sämtliche Gruppierungen zugeordnet, bei denen es sich nicht um Parteien handelt. Sie umfasst alle neonationalsozialistischen sowie subkulturell geprägten rechtsextremistischen Strukturen. Hierzu zählen auch Vereine wie PRO CHEMNITZ und die IDENTITÄRE BEWEGUNG (IB).

Die **NEONATIONALSOZIALISTEN** konnten bei einem insgesamt zunehmenden Aktivitätsniveau bei Veranstaltungen hohe Teilnehmerzahlen für sich verbuchen. Das Personenpotenzial erhöhte sich auf nunmehr 700 Personen (2017: 650). Vor allem wegen der Zunahme von Aktivitäten, die von der Gruppierung SCHLESISCHE JUNGS NIESKY, aber auch von rechtsextremistischen Fußballfanggruppierungen im Landkreis Bautzen und im Großraum Chemnitz ausgingen, konnten die **subkulturell geprägten rechtsextremistischen Strukturen** neue Anhänger gewinnen (2018: 300 Personen, 2017: 240).

Bei der **IDENTITÄREN BEWEGUNG** blieb das Personenpotenzial in Sachsen im Vergleich zum Vorjahr konstant (40 Personen). Aufgrund interner Streitigkeiten und der Sperrung ihrer Facebook- und Twitter-Accounts konnte sie keine neuen Mitglieder gewinnen. Das zeigt einmal mehr, welche Bedeutung die digitalen Medien für die Mobilisierung und ideologische Infiltrierung des rechtsextremistischen Personenpotenzials haben.

PRO CHEMNITZ ist eine Wählervereinigung aus Chemnitz (2018: ca. 15 Mitglieder). Ihre beiden wesentlichen Hauptakteure sind als langjährige Rechtsextremisten bekannt. Angehörige von PRO CHEMNITZ führten seit dem Tötungsdelikt in Chemnitz am 26. August 2018 zahlreiche Veranstaltungen durch, an denen sich auch Personen aus dem nichtextremistischen Milieu beteiligten. Gleichwohl wurden diese Veranstaltungen dazu instrumentalisiert, rechtsextremistische Inhalte zu propagieren.

c. Unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial

Von dieser Kategorie (ca. 1.300 Personen, 2017: ca. 1.200) werden insbesondere rechtsextremistische Straftäter und die Besucher rechtsextremistischer Veranstaltungen erfasst, sofern sich diese nicht eindeutig einer anderen Struktur zuordnen lassen. In der Regel handelt es sich hierbei um Besucher rechtsextremistischer Musik- und Freizeitveranstaltungen. Innerhalb dieser Kategorie fand ein leichter Anstieg des Potenzials der rechtsextremistischen Straftäter statt. Dies ist vorrangig auf die im Jahr 2018 wieder verstärkt auftretenden Propaganda- und Konfrontationsdelikte im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund, aber auch wegen der rechtsextremistischen Übergriffe auf Personen und Einrichtungen, kam es zu einem nunmehr deutlichen Anstieg des **gewaltorientierten rechtsextremistischen Personenpotenzials**¹ auf 1.500 Personen (2017: 1.300).

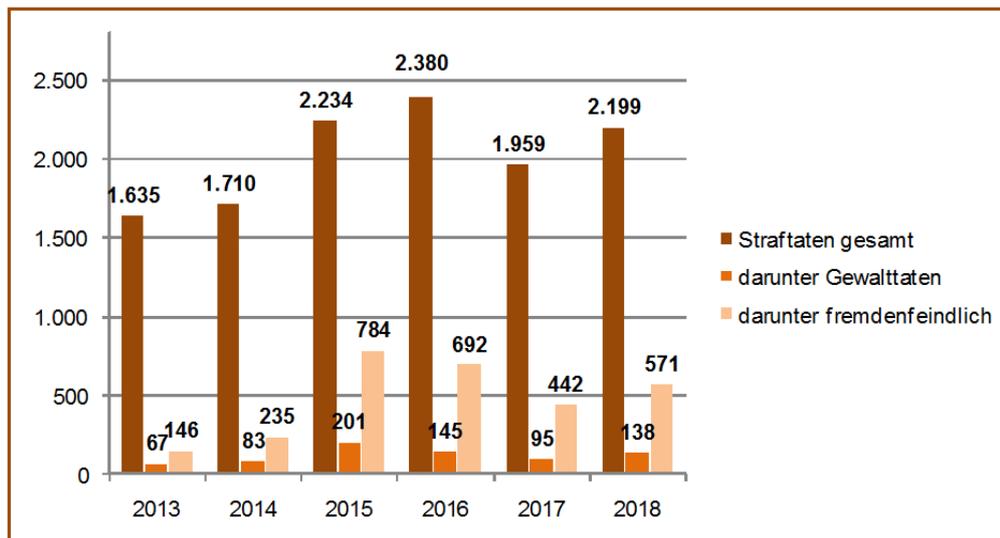
Gewaltorientiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial

2018	ca. 1.500
2017	ca. 1.300

Im Berichtsjahr wurden 2.199 **rechtsextremistische Straftaten** registriert (2017: 1.959). Der Anstieg im Vergleich zu 2017 betrug damit ca. 12 Prozent und war auch im langfristigen Vergleich außergewöhnlich hoch. Die Zahl der **Gewalttaten** (138 Delikte, 2017: 95) zeigt eine zunehmende rechtsextremistische Gewaltbereitschaft, vor allem in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund sowie auf politische Gegner.

¹Hierzu zählen Tatverdächtige rechtsextremistischer Gewaltstraftaten und Personen, bei denen Anhaltspunkte für eine Gewaltbereitschaft vorliegen.

Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



2. Rechtsextremistische Entwicklungstendenzen

Die Ereignisse des Jahres 2018 haben noch einmal deutlich gemacht, dass die rechtsextremistische Szene in Sachsen ihre Konfrontationsbereitschaft und Koordinationsfähigkeit deutlich verbessern konnte. Somit hat sie ihre Möglichkeiten zur Einflussnahme auf allgemeine gesellschaftliche Diskussionen und politische Prozesse nochmal ausgebaut. Aufgrund der mit den anstehenden Wahlen verbundenen Aufmerksamkeit ist mit zahlreichen Aktivitäten sowohl im politischen als auch im Gewalt- und Straftatenbereich zu rechnen. Die Asylthematik dürfte der Mobilisierung und Instrumentalisierung der Szene dienen. In diesem Zusammenhang können Übergriffe auf Amts- und Mandatsträger sowie auf Menschen mit Migrationshintergrund oder mit jüdischer oder muslimischer Religionszugehörigkeit nicht ausgeschlossen werden.

Die Partei **DER DRITTE WEG** bleibt das dynamische Zentrum des parteigebundenen Rechtsextremismus. Die anstehenden Wahlen dürften eine weitere Unterstützung für Aktivitäten der Partei durch bürgerliche Kreise offenbaren.

In geschwächter Position befindet sich die **NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)** wie auch ihre Jugendorganisation, die **JUNGEN NATIONALISTEN (JN)**. Bei ihnen ist nach wie vor ein signifikantes rechtsextremistisches Personenpotenzial beheimatet. Dieses dürfte in diesem Jahr verstärkt Wahlkampfaktionen entfalten oder Aktivitäten anderer rechtsextremistischer Spektren unterstützen. Das Wahlergebnis wird für die NPD existenziell sein. Bei Verfehlung ihrer Wahlziele sind ein weiterer Bedeutungsverlust und eine verstärkte Umorientierung ihrer Anhänger zu anderen rechtsextremistischen Akteuren zu erwarten.

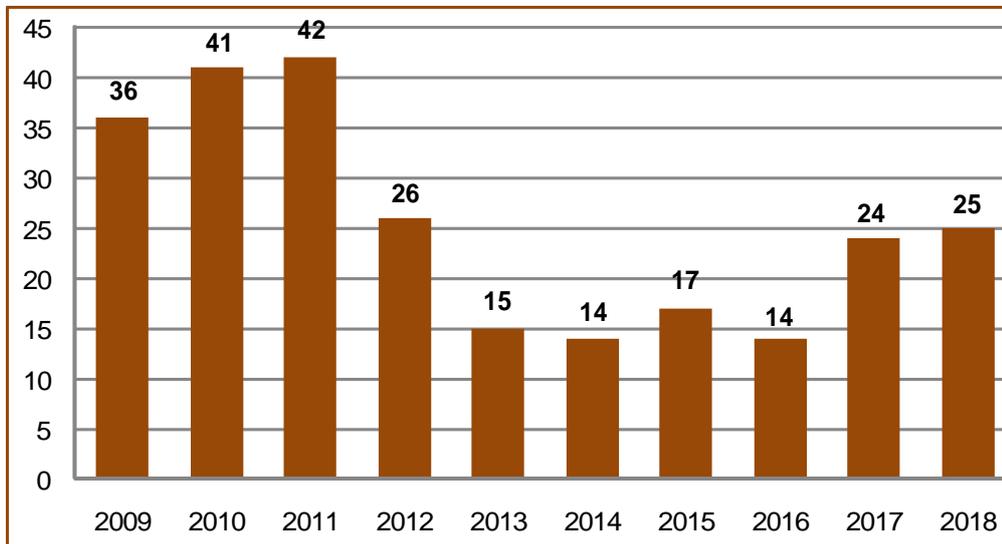
Die **neonationalsozialistische Szene** wird weiterhin versuchen, Ereignisse mit Migrationsbezug zur Verächtlichmachung von Menschen mit Migrationshintergrund sowie ihrer Unterstützer zu nutzen. Insbesondere Straftaten von Migranten dürften aufgegriffen werden, um demokratischen Institutionen die Legitimität abzusprechen und in Deutschland ein „umsturzbares“ Klima zu erzeugen. Dazu wird die Szene weiterhin Anschluss an nichtextremistische Gruppen und bürgerliche Initiativen suchen.

Das größte Gewalt- und Aktionspotenzial liegt in der **subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene**. Darunter sind diejenigen Rechtsextremisten, die der Fußballfanszene angehören, die treibende Kraft bei Auseinandersetzungen. Ihre hohe Bedeutung für die Szene wird weiterhin anhalten.

Auch von der **IDENTITÄREN BEWEGUNG (IB)** wird künftig eine Öffnung der Gesellschaft für rechtsextremistische Ansichten mittels Festivals und Kundgebungen nachhaltig befördert werden. Um neue Mitglieder zu werben, werden rassistische Grundüberzeugungen in vordergründig unverfänglicher Weise propagiert.

Der sächsischen **rechtsextremistischen Musikszene** kommt bundesweit eine hohe Relevanz zu. Im Berichtsjahr rückten Großveranstaltungen mit Festivalcharakter, die eine Vielzahl von Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland anzogen, in den Vordergrund. Im Freistaat Sachsen wurden 25 Konzerte (2017: 24) festgestellt. Da eigene Immobilien die wesentliche Basis für Veranstaltungen der Szene darstellen, wird diese bestrebt sein, weitere Objekte zu erwerben und auszubauen.

Durchgeführte rechtsextremistische Konzerte in Sachsen



Die marktbeherrschenden **rechtsextremistischen Vertriebsunternehmen** haben sich weitestgehend etabliert. Daran dürfte sich mittelfristig nichts ändern.

Die rechtsextremistische Szene verfolgt seit Jahren erfolgreich die Strategie, Kontakte zu nichtextremistischen Personen und Organisationen aufzubauen und zu unterhalten mit dem Ziel, diese ideologisch zu unterwandern und für die eigenen politischen Absichten zu instrumentalisieren. Soweit dadurch immer mehr Extremisten in nichtextremistische Bereiche vordringen, findet zwischen diesen Lagern eine „Entgrenzung“ statt, der nur durch eine klare Distanzierung der bürgerlich-demokratischen Kräfte entgegengewirkt werden kann. Diese Vernetzungsbestrebungen haben letztlich auch aufgrund der rasanten Entwicklung der digitalen Medien eine Dynamik entwickelt, die eine ernstzunehmende Gefahr für die freiheitliche und demokratische Grundordnung darstellt.

II. Reichsbürger und Selbstverwalter

REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER² sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb die Besorgnis besteht, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen.

1. Überblick in Zahlen

Das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (LfV) rechnet der Szene der REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER rund 1.400 Personen zu. Das registrierte Personenpotenzial ist seit der Aufnahme als Beobachtungsobjekt stark angestiegen.

Der Anteil der Rechtsextremisten an diesem Spektrum beträgt rund 100 Personen (7 Prozent). Der Anteil der Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse bewegt sich bei 2,5 Prozent.

Im Berichtsjahr sind neben dem Landkreis Zwickau und der Stadt Dresden nun auch die Landkreise Bautzen, Mittelsachsen und der Erzgebirgskreis zu Schwerpunktregionen geworden. Im Freistaat Sachsen waren die Personenzusammenschlüsse STAATENLOS.INFO - COMEDIAN E.V., BUNDESSTAAT SACHSEN und die FREIE WÄHLERVEREINIGUNG EINIGES DEUTSCHLAND aktiv.

Anzahl der **REICHSBÜRGER UND SELBSTVERWALTER** im Freistaat Sachsen bundesweit: ca. 19.000 (Stand: 30. September 2018)

	insgesamt	darunter Rechtsextremisten	Personen mit waffenrechtlicher Erlaubnis, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie der Reichsbürgerszene angehören
2018	ca. 1.400	ca. 100	36
2017	1.327	79	68

²„Selbstverwalter“ sind Personen, die sich als „staatenlos“ definieren und auf dieser Grundlage die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland bestreiten. Oft gründen sie eigene Pseudo-Staaten, die sie dann als „souveräne“ Subjekte des Völkerrechts darstellen, über die sie „auf Augenhöhe“ mit anderen Staaten, wie der Bundesrepublik Deutschland, in politische Beziehungen treten könnten.

2. Entwicklungstendenzen

Soweit die Aufklärung dieses Phänomenbereichs durch den Verfassungsschutz weit vorangeschritten ist und am Ende des Vorjahres nur noch eine leichte Steigerung des Personenpotenzials zu verzeichnen war, ist künftig ein statistischer Rückgang der Zahlen nicht auszuschließen. Ob und inwieweit es in Einzelfällen aufgrund der Waffenaffinität dieses Milieus zu schweren Gewalttaten kommen kann, lässt sich nicht sicher prognostizieren. Mögliche Gefährdungslagen könnten insbesondere für Behördenmitarbeiter bestehen.

III. Linksextremismus

1. Überblick in Zahlen

Im Berichtsjahr wurden ca. 785 Personen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet (2017: ca. 775 Personen).

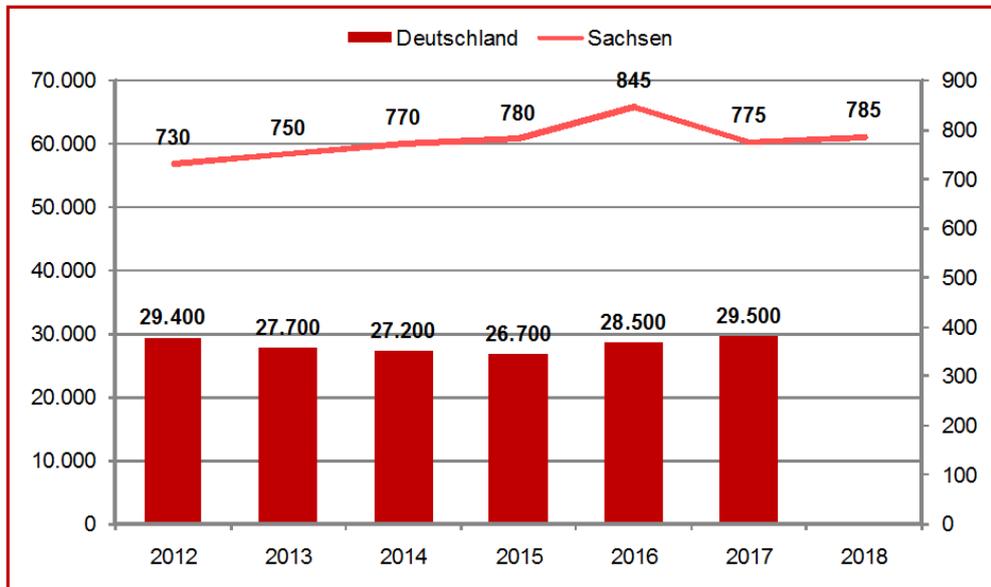
Das Personenpotenzial der **AUTONOMEN** erhöhte sich geringfügig. Sie stellen mit ca. 425 Personen (2017: ca. 415) unverändert die größte Gruppe innerhalb der linksextremistischen Bestrebungen dar. Der Anstieg resultierte aus einem Zuwachs in der Region Chemnitz.

Die den **ANARCHISTEN und sonstigen linksextremistischen Gruppierungen** zuzurechnende Anhängerschaft nahm ebenfalls zu und lag im Berichtsjahr bei ca. 190 Personen (2017: ca. 160). Dabei blieb die Mitgliederzahl im Bereich der anarchistischen Gruppierungen mit ca. 45 Personen konstant.

Der **ROTE HILFE e.V. (RH)** konnte zahlreiche Anhänger hinzugewinnen (450 Mitglieder, 2017: ca. 380), wobei es sich hierbei nach wie vor vielfach um Mehrfachmitgliedschaften handelt. Die Gruppierung **REVOLUTION** behielt ihre Mitgliederzahl im Berichtsjahr bei (ca. 10 Personen).

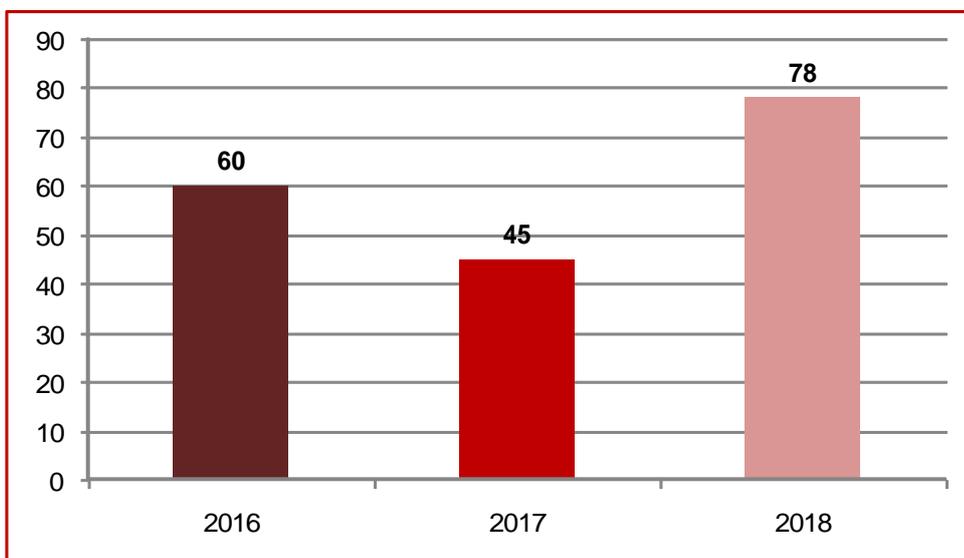
Die Gesamtzahl der Mitglieder **orthodoxer linksextremistischer Parteien und Organisationen** sank auf ca. 170 Personen (2017: ca. 200). Dies lag zum einen an deren hohem Altersdurchschnitt, zum anderen aber auch an der straffen Parteidisziplin und der strengen ideologisch-dogmatischen Ausrichtung – Aspekte, mit denen man junge Menschen nur schwer dauerhaft für sich zu gewinnen vermag.

Anzahl der Linksextremisten in Deutschland und im Freistaat Sachsen



Im Jahr 2018 stieg das öffentliche Aktionsniveau der **AUTONOMEN** um ca. drei Prozent an (2018: 90; 2017: 87 Aktionen). Dabei nahm auch die Anzahl klandestiner - also im geheimen verübter - Aktionen signifikant zu (2017: 45; 2018: 78). Wegen des hiermit verbundenen oft hohen Sachschadens ist dies eine von Linksextremisten häufig gewählte Aktionsform. Diese Aktionen richteten sich vorrangig gegen den politischen Gegner, gegen Institutionen des demokratischen Rechtsstaates sowie gegen Firmen, die mit der Sanierung von Wohnhäusern beauftragt sind.

Anzahl klandestiner Aktionen im Freistaat Sachsen

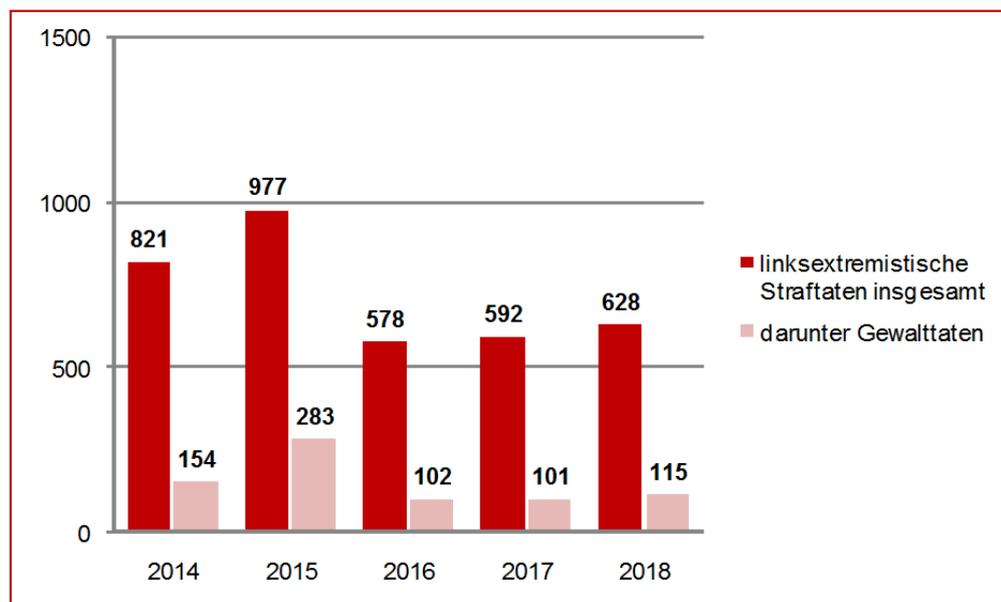


Linksextremistisches Personenpotenzial

	insgesamt	Orthodoxe linksextremistische Parteien und Organisationen	Gewaltorientierte Linksextremisten/ AUTONOME	ANARCHISTEN und sonstige linksextremistische Gruppierungen
2018	ca. 785	ca. 170	ca. 425	ca. 190
2017	ca. 775	ca. 200	ca. 415	ca. 160

Die Anzahl der **linksextremistischen Straftaten** hat sich im Berichtsjahr gegenüber 2017 leicht um etwa sechs Prozent auf 628 Delikte (2017: 592) erhöht. Auch die Anzahl der Gewaltdelikte stieg um etwa 14 Prozent auf 115 Delikte an (2017: 101).

Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



2. Linksextremistische Entwicklungstendenzen

Die Landtagswahl 2019 ist das herausragende Thema für die linksextremistische Szene. Die AfD ist zentraler politischer Gegner für die Linksextremisten, so dass verstärkt mit entsprechenden Angriffen zu rechnen ist. Daneben ist davon auszugehen, dass neben der öffentlichen Verwaltung auch Unternehmen und Wirtschaftsverbände sowie die Polizei verstärkt im Fokus linksextremistischer Straftäter stehen werden. Leipzig wird dabei weiterhin der Schwerpunkt der Aktionen sein.

Die Bündnisstrategie Leipziger Linksextremisten, die im Berichtsjahr zu anlassbezogenen Kooperationen mit Nichtextremisten geführt hat, wird sich

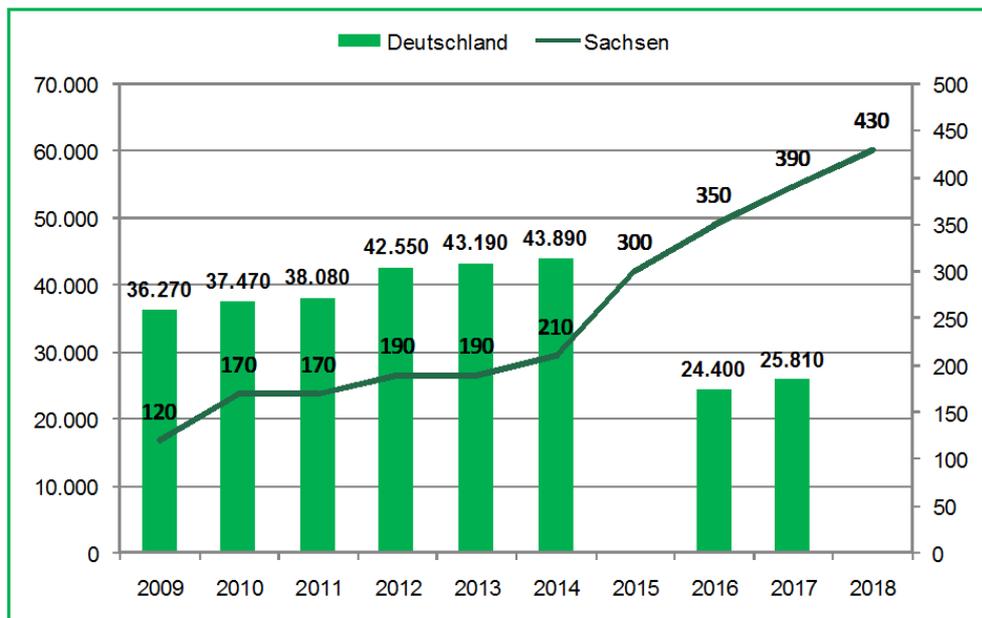
auch im Jahr 2019 weiter fortsetzen. Stets besteht die Gefahr, dass im Rahmen solcher Bündnisse die Grenzen zwischen Toleranz und Akzeptanz linksextremistischer Positionen in der Gesellschaft verwischen.

IV. Islamismus

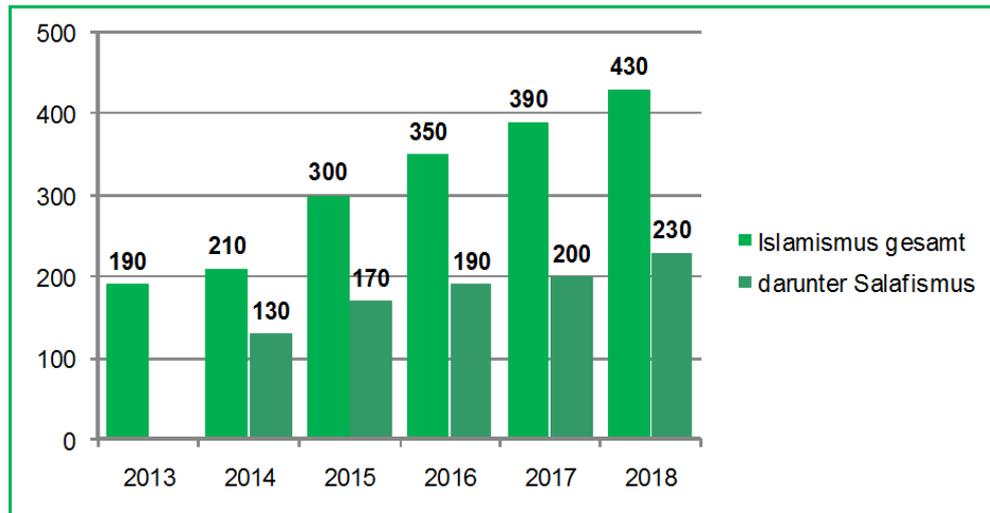
1. Überblick in Zahlen

Wie in den Vorjahren bewegte sich das islamistische Personenpotenzial weiterhin auf im Bundesvergleich niedrigem Niveau. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich allerdings eine Steigerung von rund zehn Prozent auf ca. 430 Islamisten (2017: ca. 390), wovon ca. 230 Personen (2017: ca. 200) dem salafistischen Milieu zugeordnet werden.

Anzahl der Islamisten in Deutschland und im Freistaat Sachsen



Islamistisches Personenpotenzial im Freistaat Sachsen



2. Entwicklungstendenzen im Islamismus

Der Trend zu salafistischen Strömungen innerhalb der islamistischen Szene dürfte sich im Jahr 2019 auch in Sachsen fortsetzen. Ihr Schwerpunkt wird weiterhin die AL-RAHMAN-MOSCHEE Leipzig sein. Der Imam dieser Einrichtung, Hassan DABBAGH, ist ein überregional bekannter Vertreter des politischen Salafismus in Deutschland.

In der Vergangenheit kam es zum Aufbau einer Vielzahl von der MUSLIMBRUDERSCHAFT nahestehenden Strukturen. Zwar konnte eine weitere Expansion der SÄCHSISCHEN BEGEGNUNGSSTÄTTE in Sachsen nicht verzeichnet werden. Jedoch muss in Zukunft damit gerechnet werden, dass die MUSLIMBRUDERSCHAFT unter anderen Strukturbezeichnungen öffentlich in Erscheinung tritt und versucht, ihre politischen Ziele „verdeckt“ durchzusetzen.

V. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug

1. Überblick in Zahlen

Das Personenpotenzial der Mitglieder und Anhänger der Nachfolge- und Nebenorganisationen der ARBEITERPARTEI KURDISTANS (PKK) blieb – wie in den beiden Vorjahren – konstant bei ca. 160 Personen. Das Mobilisierungspotenzial der PKK kann deren Anhängerzahl jedoch deutlich überschreiten. Hierzu zählen regelmäßig auch Personen aus dem linksextremistischen Spektrum. Anfang 2018 fanden zahlreiche Demonstrationen in Leipzig und Dresden statt, auf denen Kritik an der türkischen Militäroffensive im kurdisch verwalteten Kanton Afrin geübt wurde (jeweils zwischen ca. 50 und 200 Teilnehmer).

Anzahl von sicherheitsgefährdenden und extremistischen Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug im Freistaat Sachsen



2. Entwicklungstendenzen betreffend die sicherheitsgefährdenden und extremistischen Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug

In Westeuropa versucht die PKK seit langem, sich in der Öffentlichkeit als gewaltfreie Befreiungsbewegung darzustellen, um das ihr anhaftende Stigma einer Terrororganisation zu verlieren und so die Unterstützung demokratischer Kräfte zu gewinnen. Da sie hiermit erkennbare Erfolge verbuchen konnte, dürften diesbezüglich auch künftig keine gravierenden Abweichungen zu erwarten sein. Auch künftig ist mit strukturellen Allianzen zwischen deutschen und kurdischen Linksextremisten zu rechnen. Dies könnte auch Auswirkungen auf das Gewaltpotenzial beider Spektren bei öffentlichen Aktionen haben.

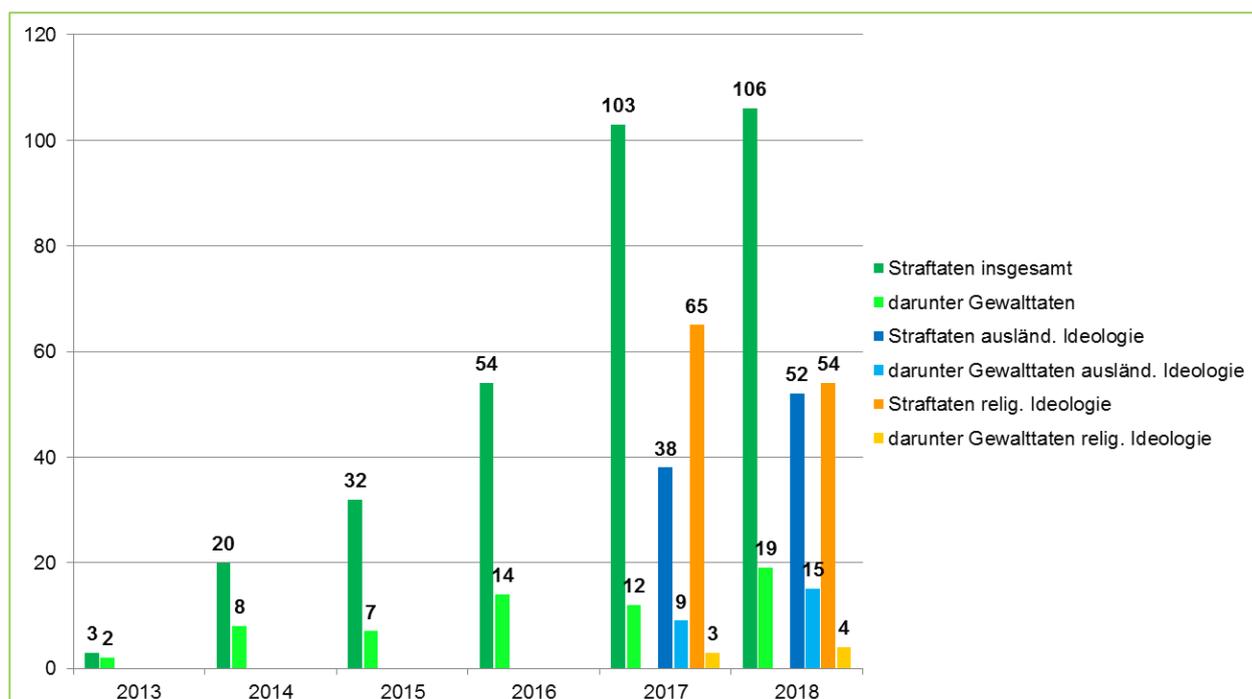
Das PKK-Gründungsmitglied, Abdullah ÖCALAN, wird trotz seiner Inhaftierung im Jahr 1999 von PKK-Anhängern weiterhin als Führungspersönlichkeit gesehen. Im Falle seines Ablebens ist die Möglichkeit massiver, gewalttätiger Ausschreitungen gegen türkische Einrichtungen auch in Deutschland in Betracht zu ziehen.

Politisch motivierte Kriminalität in den Bereichen Islamismus (IV.) und sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Gruppierungen mit Auslandsbezug (V.)

Im Berichtsjahr wurden in diesen Phänomenbereichen 106 **Straftaten** (2017: 103) festgestellt. Die Anzahl der **Gewalttaten** ist im Vergleich zum Vorjahr (2018: 19; 2017: 12) angestiegen. Die seit vier Jahren zunehmende Tendenz der Straftaten steht zum einen im Zusammenhang mit der Eskalation der

Lage in der Türkei, die sich auch in den Aktivitäten der PKK-Anhänger in Deutschland widerspiegelte. Dabei kam es vornehmlich zu Propagandadelikten. Ein weiterer Auslöser für Straftaten war zum anderen das durch die Flüchtlingsmigration bedingte Aufeinandertreffen von Angehörigen verschiedener Religionen, das zu Auseinandersetzungen führte, sowie eine als ungerecht empfundene Behandlung durch deutsche Behörden.

Straftaten mit ausländerextremistischem bzw. islamistischem Hintergrund



VI. Spionage

Die **russischen Nachrichtendienste** waren im Jahr 2018 weiterhin von großer Bedeutung für die russische Staatsführung. Ihre Bemühungen erstreckten sich sowohl auf gesellschaftliche und politische als auch auf wirtschaftliche und wissenschaftliche Bereiche. Sie waren flankiert durch den weiteren Ausbau einer flächendeckenden Kommunikations- und Internetüberwachung. Da die internationale Staatengemeinschaft weiterhin Druck auf die russische Außenpolitik (Krim-Besetzung, Ukraine-Konflikt, Engagement im Syrien-Konflikt) und die russische Wirtschaft ausübte, hielt die russische Seite an dem Versuch nachrichtendienstlicher Aufklärungsmaßnahmen fest. Aufklärungsziele waren politische Mandatsträger, Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen und Vereine mit Bezügen zu Russland oder anderen osteuropäischen Staaten. Ein weiteres Ziel bestand darin, der angeschlagenen russischen Volkswirtschaft zu neuem Know-how zu verhelfen, damit sie bis zum Jahr 2024 zu den fünf

größten Volkswirtschaften der Welt zählt. Vor diesem Hintergrund war und ist der Freistaat Sachsen als Bestandteil der deutschen Politiklandschaft und als innovativer und leistungsstarker Forschungs- und Wirtschaftsstandort in Deutschland ein relevantes Aufklärungsziel russischer Nachrichtendienste.

Die **Volksrepublik China** hat ihre Nachrichtendienste im Jahr 2018 weiter zur Informationsgewinnung in Politik, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft, aber auch zur Unterstützung der Einflussnahme auf die deutsche Wirtschaft eingesetzt. Dabei ging es auch um die Umsetzung der zentralen industriepolitischen Strategie „Made in China 2025“, mit der die chinesische Regierung die Volksrepublik „zur globalen Anführerin der vierten industriellen Revolution“ machen will. Dafür standen innovative deutsche – auch sächsische – Unternehmen und Hochschuleinrichtungen mit ihren Spitzentechnologien im Blickfeld der Nachrichtendienste. Gleichzeitig intensiviert China den Ausbau einer flächendeckenden Kommunikations- und Internetüberwachung. Mitarbeiter der chinesischen Nachrichtendienste sind an den amtlichen oder halbamtlichen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland (sog. Legalresidenturen) präsent und oft als Diplomaten oder Journalisten getarnt. Ein weiterer nachrichtendienstlicher Schwerpunkt war das Ausspähen und die Unterwanderung von in Deutschland lebenden oppositionellen Kräften.

Auch die **Türkei und Syrien** standen im Berichtsjahr im Verdacht, in Deutschland Maßnahmen gegen hier lebende Oppositionelle aus ihren Heimatländern zu ergreifen und politischen Einfluss auszuüben. **Syrische Nachrichtendienste** interessieren sich stark für den Verbleib bekannter Oppositioneller und deren Rolle im syrischen Bürgerkrieg. Die Ausforschung persönlicher Umstände kann zu Repressionen gegen spätere Rückkehrer oder in der Heimat verbliebene Verwandte genutzt werden. Als Agenten kommen länger in Deutschland lebende Landsleute in Betracht.

Den vollständigen Verfassungsschutzbericht 2018 finden Sie auf der Internetseite des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen:
<http://www.verfassungsschutz.sachsen.de>